Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden Kaden & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden und Sächsische Staatsbank

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn mit den wöchentlichen Beilagen „Kraft der Arbeit" und „Volk und Zeit" für einen halben Monat 1 M. Einzelnummer 10 Pf. **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Geschäftsstelle:** Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25261 und 12707. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 29 mm breite Nonpareillezeile 30 Pf., die 90 mm breite Reklamezeile 1,50 M., für auswärtige Anzeigen 35 Pf. und 2 M. Familienanzeigen, Stellen- und Weingesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefniederlegung 10 Pf.

Nr. 228 | Dresden, Mittwoch den 30. September 1925 | 36. Jahrg.

Die Blamage der Luther-Regierung

Vor der Sicherheits-Konferenz

Von unserm Pariser Korrespondenten

Paris, 29. September.

Die Hoffnung der französischen Nationalisten, daß es ihren Kollegen in Deutschland gelingen möge, die Annahme der Einladung zur Sicherheits-Konferenz zu verhindern, ist zunichtenden geworden. Allerdings hat auch in den Linksblättern die Art und Weise, wie von nationalistischer Seite in Deutschland gegen die Politik des Herrn Stresemann gekämpft wurde, Spuren zurückgelassen. Es ist nützlich, daß man sich darüber klar ist.

Als der deutsche Außenminister im Februar seine Vorschläge machte, da zögerte man auf französischer Seite, sie ohne Weiteres zu beantworten, weil die Anwesenheit der Deutschnationalen in der Regierung diese Vorschläge verblüffend erscheinen ließ und weil man in Paris alle möglichen Manöver dahinter witterte. Es bedurfte mehrerer Wochen, ehe der Quai d'Orsay zu der Ueberzeugung gelangte, daß es sich um einen ernstgemeinten politischen Sanierungsplan handelte. So erstaunt man blieb über den Wechsel der deutschnationalen Stellungnahme in der äußeren Politik, so wenig erachtete man die Bedeutung dieses Wechsels für die zukünftige Entwicklung der deutsch-französischen Beziehungen zu nehmen. In den führenden politischen Kreisen Frankreichs liebte man zwar nicht auf zu betonen, daß der Wechsel nur „unter dem Zwang der Verhältnisse" erfolgt sei, aber man fügte gewöhnlich hinzu, daß er trotzdem „ehrlich" sein könne und als wichtiges Ereignis betrachtet werden dürfte.

Zu der Tat, was den deutschen Sicherheitsvorschlägen zum Teil ihre Bedeutung verlieh, das war eben die Zustimmung der Deutschnationalen als stärkster Partei der gegenwärtigen Regierungskoalition. In ihren Unterredungen mit Vertretern Frankreichs hatten die Herren Stresemann, von Schubert und Staatssekretär von Hoesch nie verfehlt, gerade darauf hinzuweisen und die bejahende Stellungnahme der Rechten als wichtigste Garantie für die Zukunft hinzustellen. In einer Reihe großer linksstehender Blätter Frankreichs wurde, von ähnlichen Gesichtspunkten ausgehend, auch betont, daß es ein schwerer Fehler wäre, jeden von den Deutschnationalen stammenden oder gutgeheißenen Vorschlag von vornherein mit Mißtrauen zu betrachten. Also selbst im Verhältnis der öffentlichen Meinung Frankreichs den Deutschnationalen gegenüber hatte sich, als Folge der deutschen Regierungsvorschläge, eine gewisse Entspannung in außenpolitischer Hinsicht vollzogen. Die Blocknational-Presse sah sich gezwungen, ihre Warnungstöne weniger laut auszustoßen und sich mit dem etwas melancholisch-pessimistischen „On verra" — „Man wird ja sehen" zu begnügen. . . .

In diese im Laufe der letzten Monate langsam entstandene Atmosphäre hat nun der heftige deutschnationale Feldzug gegen den Sicherheitspakt, wie er am Vorabend der Entscheidung, die das deutsche Kabinett zu treffen hatte, geführt wurde, wie ein Blitz eingeschlagen. Man hat natürlich in Paris alles, was die deutschnationale Presse gegen den „Verrat des Herrn Stresemann", gegen die „neue Versklavung Deutschlands", gegen den „Verzicht auf das deutsche Elsaß-Lothringen" schrieb, mit größter Aufmerksamkeit gelesen; man hat den Brief, den der Innenminister Schiele vor Monaten an einen seiner Freunde schrieb, in ihm mitzuteilen, daß er von den Stresemannschen Vorschlägen nichts gewußt habe, wieder in die Erinnerung zurückgerufen; man hat die jüngste Rede des bayerischen Bauernführers Dr. Georg Heim ausführlich zitiert und aus alledem den Schluß gezogen, daß die Widerstände gegen die Politik, die sie in den Sicherheitsvorschlägen zum Ausdruck kommt, noch viel gewaltiger sind, als man sich das in der letzten Zeit vorgestellt hatte. Was die Deutschnationalen betrifft, so haben sie das aufkeimende Vertrauen ihrer Außenpolitik wieder völlig vernichtet. Heute gibt es weder links noch rechts in Frankreich jemand, der glaubte, sich von einem andern Wunsch leiten lassen als lediglich, sich an der Regierung erhalten zu können.

Leute, die zur französischen Linken gehören und bisher mit Feuer und Flamme für den Sicherheitspakt eingetreten waren, ja es für selbstverständlich hielten, daß sein Abschluß unmittelbare praktische Folgen haben müßte, was das Besatzungsregime im Rheinland und andre deutsch-französische Schmerzensfragen betrifft, zeigen sich nun viel weniger begeistert, weil sie sich auf Grund der deutschnationalen Hetze sagen, daß eine Regierung, in deren Schoß die Deutschnationale Partei so stark vertreten ist, die Friedenspolitik im Sinne einer endgültigen Liquidierung der Konflikte zwischen Deutschland und Frankreich nicht ernsthaft durchführen könne. Das sind zwar Gedankengänge, die gegenwärtig in der französischen Tagespresse nur selten zum Ausdruck kommen — aber wer Gelegenheit hat, in den politischen Milieus, in den Parlamentskreisen und in den Bureaus der Ministerien zu verkehren, der weiß, daß sofort die Befürchtungen in den letzten Wochen geworden sind, seitdem das solle Verhalten der deutschnationalen Presse und ausgesprochener deutschnationaler Landesorganisationen die Teilnahme der Elemente um Westarp und Schiele, sie bisher aus der Ferne, nur noch als innerpolitischen Schachzug erscheinen ließ und nicht mehr als Bemühung, an der Organisation des europäischen Friedens mitzuwirken.

Ob das auf die kommenden Verhandlungen eine Rückwirkung haben wird? Ausgeschlossen ist es nicht. Wenn sich bei der Konferenz der französische Außenminister und seine Ratgeber gegenüber gewissen deutschen Forderungen zurückhaltender zeigen werden, als das ursprünglich in ihrer Absicht lag, wenn sie einzelnen Vorschlägen gegenüber sich mißtrauischer zeigen, d. h. wenn die Aufgabe der deutschen Unterhändler erschwert sein wird, so können sich das die Deutschnationalen allein zuschreiben. Heute weiß der französische Außenminister schon, daß er bei der Debatte, die eines Tages in der Kammer stattfinden muß, wenn es gilt, das getroffene Abkommen zu ratifizieren, gezwungen sein wird, auf gewisse Angriffe von rechts zu antworten, die sich vor allem auf das stützen werden, was in den letzten Wochen in der Presse jener Partei stand, die den Hauptpfeiler der Lutherschen Koalition bildet und zu gleicher Zeit am schärfsten gegen die offizielle Politik des Kabinetts losstürmte. Die Artikel der Kreuzzeitung, der Deutschen Zeitung, der Münchner Neuesten Nachrichten werden im entscheidenden Augenblick ihr Echo im französischen Parlament finden. Sie werden allen denjenigen, die seit 1918 die Anwendung von Gewaltmaßnahmen Deutschland gegenüber predigten und die heute der Sicherheitspakt-Politik innerlich ablehnend gegenüberstehen, Material liefern gegen Briand und die Linke. Diese neue Vergiftung verursacht zu haben, deren Folgen die Unterhändler von hüben und drüben tragen müssen, dessen dürfen sich die Mannen der Deutschnationalen Partei rühmen.

•

Der Notenwechsel

Berlin, 30. September. (Eig. Funkspruch.)

Am 5. Oktober beginnt in Locarno unwiderruflich die Konferenz über den Sicherheitspakt. Die deutsche Delegation sollte nach den Wünschen der Rechtspresse „gehobenen Hauptes" die Einreise in die Schweiz antreten, während sie in Wirklichkeit als unterlegene Partei in dem kurz vorher stattgefundenen diplomatischen Kampfe in Locarno erscheint. Einen Beweis für diese Behauptung bietet der Notenwechsel der letzten Tage. Die Reichsregierung hat auf die Einladung der alliierten Mächte zu einer mündlichen Aussprache über den Sicherheitspakt folgende Antwort erteilt:

„Die deutsche Regierung beehrt sich auf die von (folgen die Namen der alliierten Missionschefs) überreichte Note zu erwidern, daß sie den Wunsch der Alliierten Regierungen, die Verhandlungen über den Abschluß eines Sicherheitspakts nicht in die Länge zu ziehen, durchaus teilt. Sie erhofft auch ihrerseits von dem Zusammentreffen der Regierungsmitglieder der beteiligten Länder **eine Beschleunigung der endgültigen Lösung der zur Erörterung stehenden Probleme** und stimmt daher, gemäß ihrer Note vom 27. August, dem Vorschlag zu, diese Zusammenkunft alsbald stattfinden zu lassen. Als Zeitpunkt für die in der Schweiz geplante Zusammenkunft schlägt sie den 5. Oktober vor."

Mit dieser Antwort haben die deutschen Missionschefs mündlich und durch Ueberreichung eines gleichlautenden Memorandums folgende Erklärung abgegeben:

In dem Augenblick, wo die Minister der beteiligten Mächte im Begriff sind, zu wichtigen Besprechungen über die Befestigung des Friedens zwischen ihren Ländern zusammenzutreffen, hält die deutsche Regierung es für notwendig, der pp. Regierung in aller Offenheit ihren Standpunkt in zwei Fragen bekanntzugeben, die mit dem Zweck jener Besprechungen auf engste verbunden sind.

Die Alliierten Regierungen haben in dem vorausgegangenen Notenwechsel den Abschluß eines Sicherheitspakts **von dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund abhängig gemacht.** Die deutsche Regierung hat der Verbindung der beiden Probleme nicht widersprochen, sieht sich dadurch aber vor die Notwendigkeit gestellt, auf ihren Punkt zurückzukommen, den sie im Zusammenhang mit der Völkerbundfrage gegenüber den im Völkerbundrat vertretenen Regierungen bereits in ihrem Memorandum vom September 1924 zur Sprache gebracht hat. Sie wiederholt aus diesem Memorandum die Erklärung, daß der etwaige Eintritt Deutschlands in den Völkerbund nicht so verstanden werden darf, **als ob damit die zur Begründung der internationalen Verpflichtungen Deutschlands aufgestellten Behauptungen anerkannt würden, die eine moralische Belastung des deutschen Volkes in sich schließen.**

Sie glaubt, daß die in diesem Sinne vom 29. August 1924 von der damaligen deutschen Regierung erlassene öffentliche Kundgebung dem Ziel der Verständigung und einer aufrichtigen Versöhnung der Völker dient und macht sich ihrerseits diese Kundgebung ausdrücklich mit dem Wunsche zu eigen, dadurch den Zustand gegenseitiger Achtung und innerer Gleichberechtigung herzustellen, der die Voraussetzung für einen Erfolg der jetzt in Aussicht genommenen vertrauensvollen Aussprache bildet.

Das angestrebte Ziel der Verständigung und Versöhnung würde ferner beeinträchtigt werden, wenn es nicht gelingt, vor dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund und vor dem Abschluß des Sicherheitspakts einen Streit aus der Welt zu schaffen, der jetzt noch trennend zwischen Deutschland und den alliierten Ländern steht. Das ist **die Räumung der nördlichen Rheinlandzone und die endgültige Bereinigung der deutschen Entwaffnungsfrage.** Solange der gegenwärtig vom deutschen Volk als unwürdig empfundene Zustand der Verlängerung der Besetzung eines großen deutschen Gebiets fortdauert, kann das Vertrauen auf friedliche Entwicklung, von dem die Wirksamkeit der in Aussicht genommenen internationalen Vereinbarungen abhängt, nicht wieder hergestellt werden.

Die Reichsregierung gibt sich der Hoffnung hin, daß die pp. Regierung diese Mitteilungen in dem gleichen Geiste der Loyalität aufnimmt, aus dem sie entsprungen sind, und daß sie in ihnen den aufrichtigen Willen erkennt, das Zustandekommen des jetzt in Angriff zu nehmenden großen, friedlichen Weges zu ermöglichen.

Die italienische Regierung hat am gleichen Tage die

Sieg der demokratischen Taktik

Der Kongreß der englischen Arbeiterpartei — Dreieinhalb Millionen Mitglieder

S. **Liverpool**, 29. September. (Eig. Drahtb.)

Die Jahreskonferenz der Arbeiterpartei, der die gesamte Oeffentlichkeit Großbritanniens wegen der zu erwartenden großen Auseinandersetzung mit den Kommunisten mit Spannung entgegensieht, wurde am Dienstag vormittag in der St. Georgs-Halle, einer der schönsten Konferenzsäle Europas, in Anwesenheit von rund 1200 Delegierten eröffnet. Auf Vorschlag des mit großem Beifall begrüßten Genossen Macdonald wurde Cramp zum Vorsitzenden des Kongresses gewählt. Im Gegensatz zu der stark mit Kommunisten kokettierenden Eröffnungsrede Swales auf dem Gewerkschaftskongreß in Scarborough war die gemeinschaftlich von der Exekutive der Arbeiterpartei ausgearbeitete Rede des Kongreßvorsitzenden Cramp von tiefer Verantwortlichkeit gegenüber der Gesamtbewegung und von genauer Kenntnis der Auffassung der internationalen sozialistischen Bewegung diktiert. Cramps Rede mit ihren zahlreichen scharfen Angriffen gegen die Kommunisten und dem ungweideutigen

Bekenntnis zu den Methoden der Demokratie

wurde ohne sichtbaren Widerspruch mit großem Beifall aufgenommen. Cramp wies gegenüber Aeußerungen der Enttäuschung auf das ungeheure Wachstum der Arbeiterpartei hin, die es innerhalb der 25 Jahre ihres Bestehens zu **einer Mitgliedschaft von 3½ Millionen** gebracht hat, was in der Geschichte der Parteien ohne Parallele sei. Nachdem Cramp in scharfen Worten gegen die Befürworter der undemokratischen Gewaltmethoden im Kampfe um die politische Macht polemisiert, die Tätigkeit der Arbeiterregierung gewürdigt und die innerpolitische Lage umrissen hatte, ging er zur großen Politik über, der der größte Teil seiner Rede gewidmet war. Auf keinem Gebiet habe sich der reaktionäre Charakter der Konservativen so deutlich gezeigt wie in der Außenpolitik. Kein Pakt wie der gegenwärtig erörterte Sicherheitspakt könne das Genfer Protokoll wirklich ersetzen. **Das Genfer Schiedsgerichts-Protokoll bleibe für die Friedenspolitik der Arbeiterpartei die Grundlage.** Die einzige wahre Sicherung gegen einen Krieg sei der allumschließende Völkerbund. Die Zeit sei nahe, wo beim Versagen aller anderen Mittel die international organisierte Arbeiterschaft in der Lage sein werde, den Ausbruch von Feindseligkeiten durch

Verweigerung jeglicher Kriegsdienstleistungen

zu verhindern. In deutlicher Polemik gegen Beschlüsse des letzten englischen Gewerkschaftskongresses wandte sich Cramp dann dem Dawesplan zu. Die Forderung nach Verwerfung des Dawesplanes klinge äußerst heldenhaft, sie sei aber in ihren Folgerungen nichts anderes als eine indirekte Aufforderung an die deutschen Arbeiter, die Ansätze zu einem europäischen Frieden zu vernichten und Deutschland der Gefahr einer militärischen Besetzung auszusetzen. Solch eine Forderung stehe im Widerspruch gegen die bisherige Auffassung der britischen Arbeiterbewegung und sämtlicher Beschlüsse der internationalen Organisationenen der Arbeiterklasse. Wenn auch der Dawesplan der deutschen Arbeiterschaft schwere Bürden auferlege, so habe er doch andererseits unzweifelhaft die Lage des deutschen Volkes erleichtert und insbesondere die Ruhrbesetzung beendet. Wir hoffen, so erklärte Cramp, auf eine baldige Herabsetzung der von Deutschland zu leistenden Jahreszahlungen. Cramp betonte dann,

daß die Partei am Scheidewege stehe und zu wählen habe

zwischen den Mitteln der Demokratie und denen der Diktatur

und schloß mit der Warnung an gewisse bürgerliche Kreise, die alles täten, um den Glauben der Arbeiter an die demokratisch-parlamentarischen Methoden zu zerstören und Verwirrung unter der Gesamtbewegung der Arbeiterklasse anzurichten.

Nachdem der Kongreß am Vormittag abermals die Erörterung der Frage der Zulassung von Kommunisten in die Parteiorganisationen im Rahmen der Arbeiterpartei abgelehnt hatte, erreichte die Auseinandersetzung mit den Kommunisten am Nachmittag ihren Abschluß in Form einer entscheidenden Niederlage. Es stand zunächst eine vom Parteivorstand eingebrachte Entschließung zur Diskussion, durch die **für die Zukunft die bisher mögliche Einzelmitgliedschaft von Kommunisten in der Arbeiterpartei unmöglich gemacht wird.** Diese Entschließung wurde nach einer glänzenden Rede Macdonalds, die stürmischen, minutenlangen Beifall fand, unter großer Bewegung des Parteitages **mit annähernd 3 Millionen gegen rund 300 000 Stimmen angenommen.** Hierauf nahm der Kongreß mit beinahe ebensogroßer Mehrheit eine zweite Entschließung des Parteivorstandes an, die **die Entsendung von Kommunisten durch die in die Arbeiterpartei eingegliederten Gewerkschaften zu den Parteitagen in Zukunft unmöglich macht.** Auf dem Kongreß herrscht allgemein das Bewußtsein, damit einen für die Zukunft der britischen Arbeiterbewegung entscheidenden Schritt von historischer Bedeutung getan zu haben.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19250930/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG